

1. Ausgangslage: Ein strukturelles Defizit

Herr Oberbürgermeister, Herr Soballa,
meine Damen und Herren,

die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters war klar und ernst. Erneut weist der Ergebnishaushalt **ein Defizit von rund 10 Mio. Euro** aus. Das macht deutlich: Die finanzielle Lage der Stadt Weinheim ist strukturell angespannt und kein kurzfristiges Problem.

Ursache sind vor allem stetig wachsende gesetzliche Aufgaben, die von Bund und Land nur unzureichend finanziert werden. Zu den wesentlichen Kostentreibern zählen der ÖPNV, die Flüchtlingsunterbringung, soziale Aufgaben, Kitas und Schulen aufgrund von Rechtsansprüchen, Sicherheit, Energie sowie stark gestiegene Personal- und Baukosten.

Im Finanzplanungszeitraum bis 2029 wird jährlich ein negatives ordentliches Ergebnis von über 10 Mio. Euro erwartet. In Summe ergibt sich ein Verlust von rund 73 Mio. Euro. Eine Trendwende ist nicht erkennbar.

2. Klarheit reicht nicht – Konsequenzen sind gefragt

Diese Ehrlichkeit ist notwendig – aber sie allein reicht nicht. Entscheidend ist, welche Schlüsse wir daraus ziehen.

Ja, wir müssen über **Standards** sprechen.

Ja, wir müssen **priorisieren**.

Ja, wir müssen uns ehrlich fragen, **was dauerhaft leistbar** ist – und was nicht.

Ideologisch motivierte Kostendebatten oder Häme über Einsparvorschläge helfen uns dabei nicht weiter. Haushaltskonsolidierung darf aber auch nicht bedeuten, Zukunftschancen zu verspielen oder die Stadt schleichend auszudünnen.

Unser Maßstab ist klar:

- Einsparungen ja – aber mit Konzept.
- Aufgabenverzicht ja – aber nach klaren Kriterien.
- Effizienz ja – aber nicht auf Kosten von Sicherheit, Bildung und sozialem Zusammenhalt.

3. Fehlendes Gesamtkonzept zur Haushaltskonsolidierung

Herr Oberbürgermeister,

Sie haben bei der Haushaltseinbringung betont, dass das Defizit trotz massiver Reduzierungen bei über 17 Mio. Euro liegt. Diese Reduzierungen unterstützen wir. Sie kommen aus unserer Sicht spät, aber hoffentlich nicht zu spät.

Wir hätten bereits früher ein strukturelles Konzept zur Haushaltskonsolidierung erwartet. Uns ist bewusst, dass Bund und Land den Kommunen seit Jahren zusätzliche Aufgaben ohne ausreichende Finanzierung übertragen. Dennoch vermissen wir bislang einen klar erkennbaren Plan, wie die dauerhaften Verluste im Ergebnishaushalt vermieden werden sollen.

4. Personalkosten: Mehr Transparenz statt pauschaler Hinweise

Sie haben darauf hingewiesen, dass von 12,27 beantragten Vollzeitäquivalentstellen nur 2,62 in den Stellenplan aufgenommen wurden. Die nicht genehmigten Stellen bedeuten Leistungseinschränkungen.

Was uns fehlt, ist Transparenz:

Welche Leistungen entfallen konkret? Und was würde wegfallen, wenn auch auf die 2,62 Stellen verzichtet würde?

Seit Jahren bitten wir um eine nachvollziehbare Darstellung, welche zusätzlichen gesetzlichen Aufgaben tatsächlich neues Personal erfordern – und wo Bürokratie abgebaut werden kann. Bei konstanten Einwohnerzahlen ist eine geplante Personalmehrung von rund 20 Prozent schwer verständlich.

Hinweise auf Überlastung reichen nicht aus. Wir brauchen belastbare Nachweise und Klarheit darüber, welche Leistungen unverzichtbar sind. Streichliste der Verwaltung – das ist das erste Mal, das wir erfahren, was bei dieser Kürzung entfällt.

Wir sind bereit, Sie zu unterstützen:

- beim Abbau von Bürokratie,
- bei der Optimierung von Abläufen,
- und bei effizienteren Strukturen.

Dafür benötigen wir Transparenz und Vertrauen.

5. Transferleistungen und Kitas: Kaum Spielraum, aber klare Haltung

Die Transferaufwendungen bleiben der größte Kostenblock. Für 2026 sind **ca. 80 Mio. Euro** eingeplant, rund 2,3 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Etwa 90 Prozent dieser Ausgaben sind kaum beeinflussbar.

Ein erheblicher Kostenfaktor sind die Kitas. Beitragserhöhungen mögen kurzfristig entlasten, sie dürfen aber nicht dazu führen, dass junge Familien verdrängt werden. Wir müssen abwägen, ob wir Familien binden oder ihnen den Wegzug nahelegen.

Unsere Haltung ist klar: Einsparungen dürfen nicht zulasten junger Familien gehen. Die Freien Wähler stehen für eine sozial ausgewogene und familienorientierte Politik.

6. Investitionen: Priorisieren statt alles gleichzeitig wollen

Seit Jahren können geplante Investitionen nicht vollständig umgesetzt werden – auch wegen fehlender personeller Kapazitäten. Daraus muss folgen: Nicht alles ist gleichzeitig machbar.

Die Vielzahl geplanter Investitionen – von Kitas über Hochwasserschutz, barrierefreie Haltestellen, Straßensanierungen bis hin zu Sportanlagen – zeigt den Handlungsdruck. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie zusätzliche Forderungen einer städtische Wohnungsbaugesellschaft finanziert werden sollen, wenn der Ergebnishaushalt dauerhaft defizitär ist.

Private Investoren wie unsere Baugenossenschaft können das wesentlich effizienter erledigen. Wir meinen, sollten private Investoren über steuerliche Anreize eingebunden werden. Dies wäre ein effizienterer Weg.

Kritisch sehen wir zudem kostspielige Einzelmaßnahmen, wie den geplanten Austausch der Beleuchtung in der DBS für 1 Mio. Euro. In der aktuellen Haushaltslage braucht es pragmatische Übergangslösungen und eine fundierte Gebäudezustandsbewertung als Entscheidungsgrundlage.

7. Schulden und Liquidität: Solide Basis trotz schwieriger Lage

Positiv ist, dass der Schuldenstand weiter sinkt. Zum Jahresende 2026 wird er voraussichtlich unter 21 Mio. Euro liegen, die Pro-Kopf-Verschuldung sinkt auf 454 Euro.

Auch die Liquidität ist derzeit noch ausreichend, wenngleich ab 2027 neue Darlehen erforderlich werden. Insgesamt ist die Ausgangslage trotz der hohen Verluste eine solide Basis für die kommenden Jahre.

8. Fazit: Solide Politik heißt strategisch handeln

Die Freien Wähler stehen für eine solide Finanzpolitik. Solide heißt für uns nicht, blind zu kürzen, sondern strategisch und vorausschauend zu handeln.

Eine Erhöhung der Grundsteuer B sehen wir kritisch. Sie darf nicht zur bequemen Lösung werden, solange strukturelle Probleme ungelöst bleiben.

Was wir jetzt brauchen, ist:

- eine ehrliche Aufgabenkritik,
- Pflege- und Erhaltungsstrategien für unsere Infrastruktur,
- und den Mut, Investitionen nach ihrem tatsächlichen Nutzen zu bewerten.

Diesen Weg gehen wir konstruktiv mit. Sparen darf kein Selbstzweck sein, sondern muss der Handlungsfähigkeit unserer Stadt dienen. Finanzielle Verantwortung heißt nicht, weniger Stadt zu machen – sondern die richtige Stadt für die Zukunft zu sichern.

9. Dank

Unser Dank gilt dem Oberbürgermeister, dem Ersten Bürgermeister, dem Kämmerer sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Ebenso danken wir den Ortsvorstehern, den ehrenamtlich Tätigen, den Mandatsträgern, der Presse und nicht zuletzt den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern dieser Stadt.

K. Rauschenbusch und Chr. Mayer für die Fraktion der Freien Wähler Weinheim
(Es gilt das gesprochene Wort)